MEINUNG

Übergriffiger Vertrag

Wie das EU-Stromabkommen die Klimastrategie Brüssels in die Schweiz bringen soll

Der Vertrag würde richtigerweise Nachteile und Versorgungsrisiken beseitigen. Doch wird er für sachfremde Zwecke instrumentalisiert und ist daher abzulehnen.

Kommentar von **Markus Saurer**
Publiziert: 19.12.2025, 10:42

Das erste Flusskraftwerk Europas wurde 1898 bei Rheinfelden fertiggestellt (im Bild der Neubau von 2010). Es legte den heute beinah weltweiten Standard von 50 Hertz Drehstrom fest.
Bild: ZVG/Naturenergie

Jetzt abonnieren und von der Vorlesefunktion profitieren.
Abo abschliessen

BotTalk

Schweizerische Elektrizitätsunternehmen waren Anfang des letzten Jahrhunderts Pioniere im Aufbau des europäischen Stromhandels. Sie legten mit Wasserkraftwerken und ersten grenzüberschreitenden Stromleitungen in Rheinfelden und Laufenburg die Basis für das europäische Verbundnetz. Beim Bau von Kraftwerken konnten sie fortan damit rechnen, Produktionsüberschüsse ins Ausland verkaufen zu können.

Ab den 70er-Jahren setzten einige von ihnen zudem auf Pumpspeicherwerke, die eine lukrative internationale Preisarbitrage ermöglichten. Dass die Schweiz aber eine Schlüsselrolle als «Energiespeicher Europas» gespielt habe und heute noch spiele, wie oft behauptet wird, ist übertrieben – dafür sind ihre Speicherkapazitäten dann doch zu gering. Einen kleinen Pluspunkt in den Verhandlungen mit der EU um ein Stromabkommen dürften sie dennoch darstellen.

Institutionell an der Peripherie

Ein grösserer Pluspunkt sollte sich daraus ergeben, dass das schweizerische Stromnetz heute über 41 Leitungen mit dem europäischen Netz verbunden ist, was die Schweiz zum zentralen Transitland für einen wesentlichen Teil der europäischen Stromversorgung macht.

Diese Stellung ist von gegenseitigem Vorteil, weil sie auch der Versorgungssicherheit der Schweiz förderlich ist. Der «Ibero-Blackout» vom 28. April dieses Jahres hat gezeigt, dass die periphere Lage Spaniens und Portugals im EU-Verbundnetz sowie ihre geringen Leitungskapazitäten zu Frankreich die Aufrechterhaltung der Netzstabilität erschwert und die Folgen der Störung verstärkt haben.

Ab 2026 müssen die grenzüberschreitenden Stromleitungen innerhalb der EU zu 75% für den Stromhandel im europäischen Binnenmarkt reserviert werden. Dadurch könnte sich die Schweiz ins-

besondere bei ihren Stromimporten kapazitätsmässig eingeschränkt sehen. Diese Gefahr hat in den letzten Jahren wegen des ständig angestiegenen Stromimportbedarfs im Winter zugenommen.

Die Energiestrategie 2050, dem Volk 2017 unter der Etikette «sicher, schweizerisch und umweltfreundlich» angepriesen, erweist sich immer mehr als Importstrategie und eklatanter Etikettenschwindel. Wir werden auf längere Sicht die alten Atomkraftwerke durch neue ersetzen müssen. Bis dahin wird unsere Importabhängigkeit im Winter weiter zunehmen, wenn wir nicht als Zwischenlösung Gaskraftwerke bauen und betreiben.

«Es handelt sich um einen völkerrechtlich bindenden Vertrag, der unserer demokratischen Kontrolle enthoben wird.»

Auch der Bau von Gaskraftwerken würde aber Jahre dauern, weshalb die schweizerischen Versorgungsunternehmen wohl noch sehr lange immer mehr Strom in der EU beschaffen müssen. Dies ist heute jedoch selbst dann erschwert, wenn die erwähnten Leitungskapazitätsrestriktionen noch nicht greifen, weil unsere Stromhändler von der Marktkoppelung im EU-Verbundnetz ausgeschlossen sind.

Es handelt sich hierbei um eine komplexe Regulierung, um ein Verfahren, mit dem die Strommärkte der EU-Länder über gemeinsame Handelsplattformen und Algorithmen verbunden werden zur einheitlichen Preisbildung, zum effizienten Stromfluss und zur optimalen Nutzung der Kapazität grenzüberschreitender Leitungen.

Durch ihren Ausschluss von der Marktkoppelung haben die schweizerischen Stromhändler unter anderem keinen direkten Zu-

gang zu den europäischen Day-ahead- und Intraday-Plattformen, müssen über Umwege handeln und höhere Transaktionskosten in Kauf nehmen.

Ohne Marktkopplung fehlt auch die institutionelle Absicherung der Teilnahme der Schweiz an EU-Handelsplattformen für Regelenergie, die zur Gewährleistung der Netzstabilität benötigt wird. Die Schweiz ist also technisch bestens mit dem EU-Netz verbunden und erfüllt für dieses sogar wichtige Funktionen, sieht sich aber institutionell in die Peripherie abgedrängt und ökonomisch benachteiligt.

Integration in die EU-Dekarbonisierung

Das Stromabkommen sollte die Schweiz so – aber nur so – in den EU-Strombinnenmarkt einbinden, wie es zur Beseitigung der skizzierten Nachteile und der damit verbundenen Versorgungsrisiken nötig ist. Die technische Integration muss institutionell ergänzt werden.

Da es dabei insbesondere um den Wettbewerb geht, müssen die schweizerischen Produzenten und Händler betreffend ihre EU-binnenmarktrelevanten Tätigkeiten äquivalente Regeln zu den Regeln akzeptieren, wie sie für ihre Konkurrenten und Handelspartner im EU-Raum gelten – so etwa Wettbewerbsregeln, Trennung von Netz und Produktion, Beihilferegeln.

Der Entwurf des Abkommens im Vertragspaket Schweiz-EU mag in Teilen diesen Anforderungen genügen, aber er geht grundsätzlich weit darüber hinaus, wie schon in Art. 1 Abs. 2 lit. f klar wird: [Im Hinblick darauf wird mit dem Abkommen angestrebt] «den Anteil von Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu erhöhen und zu fördern und ein hohes Umweltschutzniveau im Strombereich zu gewährleisten, um den Übergang zu einem Energiesystem mit Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis 2050 in Europa zu erleichtern.»

Dieser Artikel hat mit der Strombinnenmarktintegration der Schweiz nichts zu tun, sondern verfolgt die Integration der Schweiz in die europäische Energie- und Dekarbonisierungspolitik. Die Selbstverpflichtungen der Schweiz, die vom Parlament und vom Volk jederzeit abgeändert werden könnten, sollen auf die Stufe eines völkerrechtlich bindenden Vertrags gehoben und so unserer eigenen demokratischen Kontrolle enthoben werden.

Man kann sich nur schwer vorstellen, dass die EU-Unterhändler auf eine derartig plumpe Übergriffigkeit des Abkommens gepocht haben. Vermutlich waren es unsere eigenen Experten aus Ämtern des Uvek, die das Stromabkommen für ihre eigenen politischen Steckenpferde instrumentalisieren wollten.

Kein Wunder, melden sich weitere Instrumentalisierer erfreut zu Wort: Die Umweltallianz (BirdLife, Greenpeace, Pro Natura, Energie-Stiftung, VCS und WWF) begrüsst das Stromabkommen als wichtigen Schritt für eine sichere, erneuerbare und naturverträgliche Energiezukunft. In ihrer Stellungnahme zeigt sie auf, weshalb das Abkommen ökologische Chancen bietet und welche verbindlichen Leitplanken es braucht, damit die Energiewende Klima und Biodiversität tatsächlich schützt. Der Bogen ist hier eindeutig überspannt.

NEWSLETTER

FuW – Das Wochenende
Erhalten Sie am Wochenende handverlesene Leseempfehlungen der Redaktion. Jeden Sonntag in Ihrem Postfach.
Weitere Newsletter

Angemeldet

Markus Saurer ist selbständiger Ökonom und Vorstandsmitglied im Carnot-Cournot-Netzwerk. Mehr Infos

Fehler gefunden? Jetzt melden.

4 Kommentare